



Erziehungswesen: 6 mal wöchentlich. Preis: Die dem paltige Seite 15 Bg. Resten 25 Bg. Schluß der Abrechnung 9 Uhr vor- mittags. Fernsprecher 8.

Dienstag den 28. Januar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Bf. 2,25 vierteljährlich. Postbezugspreis im In- und Auslande Bf. 2,15 im Ganzen Bf. 2,30. Fernsprecher 8.

Württembergische Landesversammlung.

Der gestrige Tag der Generaldebatte zur Botschaft der Regierung brachte eine Klärung über das künftige Verhältnis der Parteien untereinander. Es sprachen Gröber vom Zentrum und der Führer der Bürgerpartei, Bazille, neben dem Mehrheitssozialisten Reichel. Letzterer mußte gegenüber den Unabhängigen, die bekanntlich in der Revolution ein Stückwerk betrachteten, weil Herr Crispian nicht Diktator geworden ist, die Errungenschaften der Umwälzung verteidigen: Einführung der republikanischen Staatsverfassung, freies Wahlrecht, 8stündige Arbeitszeit, Neugestaltung des Unterrichtswesens. Daran werde seine Partei nicht rütteln lassen. Gegenüber Hauptmanns und Gröbers Auffassung, daß die vollzogene Umwälzung auch auf friedlichem Wege hätten erreicht werden können, vertrat er die Anschauung, daß im Hinblick auf das frühere Tempo der Fortschritte diese Annahme nicht richtig sei. Auf die Erklärung Gröbers, daß das Rätekystem, das in mancher Hinsicht Gutes geleistet habe, jetzt seine Daseinsberechtigung verloren habe, und eigentlich nur noch die verhüllte Diktatur einer Partei darstelle, antwortete Reichel, die Soldatenräte könnten vor dem Urteil des Volkes bestehen. Die Einrichtung der A- und S-Räte sollte aber nach Ansicht seiner Partei nur ein Provisorium darstellen. Im übrigen müßte sich Reichel in erster Linie mit den dauernden Zwischenräten des Unabhängigen Crispian auseinandersetzen, der angesichts der seiner Partei zugewiesenen Einflußlosigkeit nun seine ganze Fähigkeit dafür in Anspruch nimmt, die Versammlung mit mehr oder weniger ungeschickten Einwürfen in die Ausführungen der Redner zu stören. Von besonderem Interesse war die Haltung des Führers des Zentrums. Er vertrat bezüglich der Revolution den Standpunkt, daß die Männer, die die Revolution ohne Not gewaltsam durchgeführt hätten, verantwortlich seien für alle Schäden, die das deutsche Volk seither erlitten habe auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet und für die noch kommenden, unabsehbaren Nachteile. Die Anwerbung von Freiwilligentruppen müsse der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht Platz machen, wenn wir wieder Ordnung bekommen wollen. Zur Frage der Sozialisierung sagte Gröber, das Privateigentum dürfe durch eine Vergesellschaftung von Grund und Boden nicht angegriffen werden, Familienfideikomnisse seien dagegen eine veraltete Einrichtung. In der Frage des Verhältnisses zu Staat und Schule trat der Redner in Gegensatz zu den Erklärungen des Kulturministers; für ein Programm, das den konfessionellen Religionsunterricht aus der Schule verschwinden lassen wolle, sei das Zentrum nicht zu haben. Schulfrage und Sozialisierung trenne das Zentrum von der Regierungspolitik. Es müsse eine Aenderung in der Zusammensetzung der Regierung verlangt werden, da die derzeitige Mischung nicht demokratisch sei. Bekanntlich haben die demokratische Partei und das Zentrum 69 Sitze in der Landesversammlung, dagegen nur 3 Ministerposten, während die Sozialdemokratie mit 52 Sitzen 5 Ministerposten besetzt hat. Gröber verlangte dann, daß zwischen den Regierungsparteien ein Arbeitsprogramm vereinbart werde, damit nicht eine der Parteien bei grundsätzlichen Fragen majorisiert werde. Im großen Ganzen will also das Zentrum, abgesehen von der Behandlung der religiösen und Schulfragen und einer etwaigen weitgehenden Sozialisierung mitarbeiten, und wird demnach auch 1 oder 2 Ministerposten verlangen. Da aber die Demokraten wahrscheinlich auch 2 oder 3 Ministerposten erhalten werden, und in den oben genannten Fragen mehr zum Zentrum neigen werden, so dürfte wohl ein Ausgleich möglich sein.

Bazille von der Bürgerpartei beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Frage des Zusammenbruchs die er dahin beantwortete, daß die Schuld an unserem Zusammenbruch die linken Parteien tragen, die trotz der Aussichtslosigkeit eines Verständigungsfriedens für einen solchen eingetreten seien, und mit ihren Demoralisierungserregungen, durch die sie glaubten, das Volk bei der Stange halten zu können, Streit in die Parteien trugen, sodaß schließlich die Masse nicht mehr

haben gehalten werden können. Die Konservativen, Linker und Altheutschen hätten keinen Einfluß auf die Politik gehabt, denn Bethmann Hollweg sei ein Liebhaber der demokratischen Richtung gewesen. Der Zusammenbruch hat seinen Grund u. S. in erster Linie darin, daß wir gegen eine Koalition kämpfen mußten, der wir auf die Dauer nicht gewachsen sein konnten.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Immer neue schikanöse Forderungen der Franzosen im besetzten Gebiet.

Berlin, 26. Jan. In dem letzten Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission war mitgeteilt worden, daß die französischen Behörden verlangen, alle vor dem 1. August 1914 in der neutralen Zone zwischen Mannheim und der Schweizer Grenze nicht ansässigen gewesenen entlassenen Wehrpflichtigen hätten am 26. Jan. die neutrale Zone zu verlassen. Es ist zwar von deutscher Seite Protest eingelegt worden, aber es dürfte sich empfehlen, daß die von der Bestimmung betroffenen Personen, die etwa zur Zeit auf Reisen sich außerhalb des neutralen Gebietes befinden, sich vorläufig nicht an ihren Wohnort in dem unter der französischen Kontrolle stehenden Teil der neutralen Zone zurückbegeben, sondern abwarten, ob auf den deutschen Protest hin die französische Forderung zurückgezogen wird.

England hat noch nicht genug gemordet.

London, 24. Jan. Reuter meldet: Admiral Kall, Mitglied des Ausschusses zur Untersuchung deutscher Kriegsvergehen zu Lande und zur See, hat gestern abend in einer Rede in Liverpool erklärt, der Ausschuss habe die Art seines Vorgehens bereits festgestellt, ausgehend von der Erkenntnis, daß die Täter in zwei Arten zu teilen seien, die ausführenden Hände und die höheren Vorgesetzten, die jene Verbrechen angeordnet hatten. Gegen beide Arten sei mit unerbittlicher Gerechtigkeit vorzugehen! Zum Beispiel würde in dem Fall des Lazarett-Schiffes Landoverly Castle derjenige, der es versenkt hätte, in Untersuchung gezogen und in öffentlicher Gerichtsverhandlung von Amts wegen verurteilt werden, und wenn er überlebt werde, so müßte er sterben. Wer einer Grausamkeit im Widerspruch mit der Menschlichkeit nicht mit dem Völkerverrecht, sondern mit den Gesetzen der Zivilisation schuldig befunden würde, würde den Beweis führen müssen, daß er höherem Befehl gehorcht habe, oder seine Strafe erleiden. Würde er beweisen, daß er einem Befehl gehorcht habe, dann würden die Alliierten gegen diesen höheren Vorgesetzten vorgehen, gleichgültig wie hoch sie ständen. Großbritanniens Arm sei lang genug, um sie zu erreichen.

Um die deutschen Kolonien.

Berlin, 28. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Paris erzählt, war der oberste Kriegsrat gestern von vormittags 10 Uhr ab zur Besprechung der Frage der deutschen Kolonien versammelt. Frankreich und England waren eins darüber, daß die Kolonien auf keinen Fall zurückgegeben werden könnten. Amerikas Antwort sei noch nicht bekannt. Falls die Anschauung der Franzosen und Engländer von den anderen geteilt werde, werde Frankreich Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Landstriche verlange, die seine eigenen Truppen erobert hätten.

Die polnisch-tschechoslowakischen Gegensätze.

Mährisch-Odrau, 27. Jan. Tschecho-Slowk. Pressebüro. Das Militärinspektorat für Schlesien und Nordmähren meldet: Gestern unternahmen die Polen gegen unsere Truppen einen Angriff, der abgewiesen wurde. Unser Militär nahm die polnischen Stellungen zwischen Kacieca und Zibridewicz ein, erbeuteten 4 Maschinengewehre und sonstiges Kriegsmaterial und nahmen 77 Mann mit einem unverwundeten Offizier gefangen. Die Polen ließen 50 Verwundete und 30 Tote zurück. Sonst ist die Lage unverändert. Im besetzten Gebiet herrscht vollständige Ruhe. 60 bis 80 Prozent der Bergarbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Die polnisch-tschechoslowakischen Gegensätze.

Warschau, 27. Jan. (Tschecho-Slowakisches Pressebüro.) Ministerpräsident Paderewski sandte an die Regierung der tschecho-slowakischen Republik eine Protestnote wegen des Vorrückens der tschecho-slowakischen Truppen.

Auch die Dänen fordern deutsches Gebiet.

Kopenhagen, 24. Jan. Kithau Bureau umschreibt den Standpunkt der dänischen Regierung für eine Entscheidung der Grenzfrage auf dem Friedenskonferenz etwa wie folgt: Für Dänemark ist die nord-schleswigsche Frage ausschließlich eine nationale Frage. Die dänische Nation hofft und sehnt sich danach, daß alle die dänisch sein und dänisch empfinden, dem Königreich Dänemark vereinigt werden. Somit ist es Aufgabe der Friedenskonferenz, die Ansprüche der dänischen Bevölkerung in Schleswig so durchzuführen, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gelöst wird. In Übereinstimmung mit der Appenrader Beschlussempfehlung hält die Regierung es für das Richtige, wenn Nordschleswig als ein Ganzes aufgefaßt wird, dessen Bevölkerung durch Abstimmungen auf ein Ja und Nein kundgibt, ob sie mit Dänemark wieder vereinigt zu werden wünscht. Anders liegen die Fragen wegen Hensburtz und seiner nächsten Umgebung. Man wird sich nicht darauf verlassen können, daß diese Bezirke ohne ausdrückliche durch freiwillige Abstammung erzielte Kundgebung darüber, mit Dänemark vereinigt werden, da sie zugleich eine überwiegend deutsche Bevölkerung besitzen. Die Regierung wird dafür wirken, daß die Wünsche der dänischen Nordschleswiger auf Gewährleistung der Freiheit der Abstimmung auf der Friedenskonferenz durchgeführt wird.

Die Gefahr im Osten.

Die Aufgabe der Freiwilligen im Osten.

(WZ) Libau, 27. März. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Lettlands und Estlands teilt mit: Aus vielfachen Anfragen an die Gesandtschaft geht hervor, daß unter den deutschen Freiwilligentruppen, deren Anwerbung für das Faktikum im Gange ist, Unklarheit darüber herrscht, zu welchen Aufgaben sie berufen werden. Es handelt sich in Kurland nicht um die Ausübung eines Polizeidienstes, sondern um den Kampf gegen die bolschewistische Welle, die gegen Ostpreußen heranzubreitet und nach offenem Zugeständnis der Führer der Sowjettruppen nicht an der deutschen Grenze Halt machen, sondern das Land überschwemmen solle. Daß der Bolschewismus von Deutschland ferngehalten werden muß, unterliegt keinem Zweifel. Um aber zu verhindern, daß die deutschen Grenzgebiete wieder Kampfplätze werden, ist es nötig, die Sowjettruppen zurückzuwerfen, ehe sie in die Nähe der Grenzen gelangt sind. Die deutschen Freiwilligen, die für das Faktikum angeworben werden, sollen also keine Polizeitruppe, sondern eine Kampfruppe bilden, von deren Offensivkraft es abhängt, daß es gelingt, die Sowjettruppen zurückzuschlagen und die Macht ihres Einbruches nach Deutschland hinein zu verhindern.

Wie die Bolschewiki in den Ostprovinzen haufen.

(WZ) Libau, 27. Okt. Wie nach Säuberung Estlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen besetzten Gebieten trotz der kurzen Herrschaft geradezu bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden; im Kreise Welenberg nahezu 300. Inzwischen ist erfreulicherweise auch ihr Vormarsch in Kurland in Richtung auf Libau zum Stillstand gebracht worden. In einem Offensivstoß haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutschen Freiwilligentruppen die über Windau vorgegangenen, an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Abteilungen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträchtliches Material

ng.
sche Helm-
en herzl.
ung
3 Uhr,
ell.
herzlich
Fabriz,
Meyer,
humacher.
W. t.
en
SS.
Umgebung
mein
habe.
meister
Haushalt
hen
von
en Dreiß.
glas
arl Serva.
eiten
jeurmeister
neum
ppe
Eöhne,
telef. 7704.
ee
rzen,
den,
no.
Schachtel.

In den Händen der Deutschen. Die deutsche Besatzung hat geendet.

Die polnische Gefahr.

Berlin, 27. Jan. Wie verschiedene Morgenblätter melden, haben die Polen Bombst und Umrüstung kampffähig besetzt. Sie führten Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bombst bildet eine Bedrohung des Bahnhofes Bentschen von dem die Stadt in südwestlicher Richtung nur etwa 12 Kilometer entfernt ist.

Bromberg, 27. Jan. Der Volksrat Bromberg brachte an das Ministerium des Innern: Der deutsche Volksrat Bromberg und Umgebung beharrt auf dem Standpunkte, daß Verhandlungen mit den Polen außer bei bedingungsloser Uebergabe und Festsetzung des alten Standpunktes zwecklos sind. Die polnischen Landfriedensbrecher haben die eigenen Waffen nicht mehr in der Hand, sie suchen nur hinzuhalten und halten nie die Verträge. Die Rettung der deutschen Sache ist allein durch tatkräftige militärische Handhabe möglich. Die Zuziehung eines hiesigen Vertreters wäre, wenn Verhandlungen stattfinden, erwünscht.

Amerikanische Fürsorge für die Polen.

New-York, 28. Jan. (Reuter.) Der Dampfer „Westwardo“ ist gestern mit einer Ladung Lebensmittel und Kleidungsstücke für die Polen im Werte von zwei Millionen Dollar von Hoboken über Falmouth nach Danzig abgegangen.

Vermischte Nachrichten.

Der französische Raubinfiltrat.

Berlin, 28. Jan. Einer Depesche des „Berliner Tageblatts“ aus Genf zufolge berichtet der „Temps“, der Regierungskommissar für das besetzte Gebiet von Metz habe angeordnet, daß alle Güter Wilhelms II. in Elsaß-Lothringen einzuziehen seien. Es handle sich um das Schloß Urville und das daran anschließende Gut Les Menils.

Ein nationales Andachtshaus in Frankreich.

Basel, 26. Jan. Das „Basler Volksblatt“ berichtet nach der „Südd. Ztg.“: Havas meldet, Clemenceau billigt das Projekt eines nationalen Andachtshauses. Es wird eine lange Folge von Galerien, Sälen, Vorhöfen und amphitheatralischen Sälen enthalten. 1400000 Porträts gefallener Franzosen im Kriege, nach Regimentern geordnet, werden dort ausgestellt werden. Ein Lehrstuhl für Kriegsgeschichte mit Museum wird geschaffen werden. Die Büsten der großen Generale, wie auch die Clemenceaus, werden aufgestellt. Das Haus wird mit Scheiben und Fresken, welche die berühmten Kämpfe der großen Zeit darstellen, versehen werden. Das Projekt, das der Kommission der beiden Kammern unterbreitet wurde, wird nächstens den beiden Kammern selbst vorgelegt. — Das Andachtshaus wird natürlich dazu dienen, den französischen Chauvinismus dauernd zu beleben. In Deutschland aber wird in gewissen Kreisen nationales Empfinden als reaktionär angesehen.

Der Bestand der portugiesischen Republik gesichert.

Lissabon, 28. Jan. (Havas.) Die stützigen Aufständischen wurden verhaftet und gefangen gesetzt. Die revolutionäre Bewegung ist zu Ende. Die treugebliebenen Freiwilligenregimenter sind schon demobilisiert worden. Im Norden des Landes wurden gegen Oporto in Braganza und Bizen Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgerichtet.

Eine bolschewistische Versammlung in London.

Amsterdam, 28. Jan. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge, berichtet die „Times“, daß am 18. Jan. in London eine bolschewistische Versammlung abgehalten wurde, zu der nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen wurden. In der Versammlung wurde die Organisierung eines Generallstreiks als erster Schritt zur Revolution besprochen. Die bolschewistischen Versammlungen behaupteten, im Bergarbeiterverband viele Anhänger zu haben und auch unter den Eisenbahnern und Transportarbeitern sich Anhänger verschaffen zu können. Es wurden Ausschüsse ernannt, die für die Versorgung der Revolutionäre und ihrer Familien mit Brennmaterial und Lebensmitteln sorgen sollen. Man hofft, daß im Falle eines großen Streiks der Industriearbeiter in London und in der Provinz, die Londoner Polizei und ein Teil der Polizei in der Provinz sich passiv verhalten werden.

Deutschland.

Eine Geburtstagsadresse für den Kaiser.

Berlin, 27. Jan. Die Geburtstagsadresse für Kaiser Wilhelm II., die der „Reichsbote“ in Berlin ausgesetzt hat, hat in wenigen Tagen 132 000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen deutschen Gauen gesunden. Die Frist zur Einsendung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Huldigungskundgebung wurde heute dem Kaiser telegraphisch übermittelt.

Radikale Bestrebungen in Nordwestdeutschland.

(W.B.) Braunschweig, 25. Jan. Hier hat heute ein Kongress zur Gründung einer Westdeutschen Republik stattgefunden. Vertreten waren u. a.: Stendal, Dül-

Ausländische Volkswirtschaftsberichte.

Feldmesserprüfung.

Für die angekündigte dritte außerordentliche Prüfung ist als Beginn Sonntag den 17. März d. J. vorgezogen. Sie wird, wie die zwei letzten Prüfungen, etwa zehn Tage in Anspruch nehmen; es fällt keines der Prüfungsfächer aus, jedoch wird, wie angegeben, die Zeitdauer der Prüfung auf etwa die Hälfte der in der Prüfungsordnung angenommenen herabgesetzt und es werden die Anforderungen in den einzelnen Fächern ermäßigt.

Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung, mit genauer Angabe der Adresse des Bewerbers und mit den erforderlichen Belegen versehen, sind bis spätestens zum 17. Februar d. J. unmittelbar an die Feldmesserprüfungskommission (zu Hb. des Sekretariats, H. Oberamtmann Högerle, Min.-Abteilung für den Straßen- und Wasserbau, Stuttgart, Karlsstraße 3) einzureichen. Bewerber, die bereits zu einer der früheren Feldmesserprüfungen zugelassen waren, können sich hierauf, untergabe des Jahres jener Prüfung berufen, ohne daß weitere Belege zu liefern wären. Im übrigen wird auf die Verordnung vom 21. Oktober 1895, § 5 bis 18 und auf die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 28. Mai 1898, § 6 bis 22, § 29 ff. verwiesen; beide sind abgedruckt in den „Vorschriften über die Prüfung und Bestellung der öffentlichen Feldmesser“ 2. Auflage, Stuttgart, Kohlhammer 1913.

Stuttgart, den 18. Januar 1919.

Prüfungskommission: Haumer.

feldorf, Essen, Zelle, Hannover, Peine, Hamburg, Oldenburg, Hildesheim, Cuxhaven, Remscheid, Merseburg, Bremen usw. Arbeiterrat Karl Rühl aus Stendal sprach über die politische Frage und faßt sein Referat in einer Entschliessung zusammen, die besagt, der Kongress der A. u. S.-Räte Nordwestdeutschlands steht auf dem Boden des Erfurter Programms, wenn er einstimmig das feste Bekenntnis ablegt, daß die politische Macht in den Händen der A. u. S.-Räte bleiben muß bis der Sozialismus gesichert erscheint. Die A. u. S.-Räte Nordwestdeutschlands verpflichten sich untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben und die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, solange zu behalten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist. Die A. u. S.-Räte sehen in der Nationalversammlung lediglich ein Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Reiches. Erweist sich die Nationalversammlung hierfür ungeeignet, dann hat sie und nicht die A. u. S.-Räte abzutreten. Dertter (Braunschweig) sprach über die Bildung einer Republik! Nordwestdeutschland und brachte eine Entschliessung ein, die besagt, die Revolution könne nur geredet werden, wenn das System der Räteregierung erhalten bleibe. In Westdeutschland seien daher in sich abgeschlossene sozialistische Freistaaten zu bilden, die unter Regierungen von A. u. S.-Räten stehen, und zwar: 1. Sachsen mit der Provinz Sachsen, Altenburg und den beiden Neuf, Hauptstadt: Leipzig. 2. Groß-Thüringen bis an die Fulda reichend und nördlich bis zum Harz, Hauptstadt: Erfurt. 3. Hessen, umfassend das nördlich des nördlich des Main gelegene Hessen-Nassau und Kur-Hessen, Hauptstadt: Frankfurt a. M. 4. Rheinland und Westfalen, Hauptstadt: Elberfeld. 5. Hannover mit Ostfriesland, Hauptstadt: Hannover. 6. Oldenburg. 7. Der Bremer Freistaat mit Geestmünde, Bremerhaven und Lehe, Hauptstadt: Bremen. 8. Braunschweig-Lüneburg: südlich bis zum Südrand des Harzes, nördlich bis an die Nordsee reichend, Cuxhaven einschließend, Hauptstadt: Braunschweig. 9. Hamburg mit Schleswig-Holstein. 10. Die Altmark mit Anhalt und den nördlichen Teil der Provinz Sachsen, Hauptstadt: Magdeburg. Diese sozialistischen Freistaaten hätten sich zu einer Vereinigung der westdeutschen sozialistischen Freistaaten zusammenzuschließen mit der Hauptstadt Cassel.

Spartakistenputsch in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 28. Jan. Die Spartakisten haben hier das Standgericht verhängt und besetzten die Reichsbank und die Stationskasse, sowie das Offizierskasino, in dem sich der Arbeiter- und Soldatenrat befindet. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt.

Oldenburg, 27. Jan. Auf der Bahnstrecke von Baral nach Wilhelmshaven streikt sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Ärzteschaft hat sich ihnen angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Westerstede und Nordenham übergegriffen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Januar 1919.

Deutsches Volk wehr dich um deine Kolonien!

Wir verlangen unsere Kolonien zurück aus Gründen der Notwendigkeit. Wir brauchen die kolonialen Produkte. Das hat uns die drückende Not des Krieges ge-

zeigt. Weichen uns unsere Kolonien nicht zurückgegeben, so hängt es ganz von der Willkür fremder Völker ab, uns die Preise für die notwendigen kolonialen Produkte zu diktiert. Die Gabe hat Platz genug für den kolonialen Dreck aller der Völker, die wie das deutsche auf zu engem Raum liegen. Soll das deutsche Volk allein um sein Recht gekämpft werden? Wir haben gewaltige Werte in die Kolonien hineingesteckt. Sollen diese einfach verloren sein? Wie haben durch die bisherige Entwicklung gezeigt, daß unsere kolonialen Leistungen hinter denen anderer Völker zurückstehen. Die Schwarzen haben durch ihren heldenmütigen Kampf für uns gezeigt, daß sie sich unter der deutschen Herrschaft wohlgefühlt haben. Tausende deutscher Pioniere haben ihr Leben oder ihre Gesundheit in den Kolonien gelassen. Tausende deutscher Heldenkämpfer ruhen in den Kolonien. Wer aus unsere Kolonien nimmt, reißt ein Stück von unserm Herzen los. Tausende von Schwarzen haben Gut und Blut für uns eingesetzt. Sollen diese in alle Zukunft unter fremder Herrschaft dafür leiden müssen, daß sie uns treu gewesen sind? Es ist uns unmöglich, ihnen unsere Dankbarkeit zu zeigen? Die christlichen Kirchen, wie die freien religiösen Gemeinschaften Deutschlands, haben bisher in den Kolonien Mission getrieben und wollen ferner Mission treiben. Aber sie wollen ihre Liebe und ihr Gut nicht in fremde Kolonien tragen, sondern Mission treiben auf deutschem Boden. Wer den Völkern Frieden will, muß dafür eintreten, daß unsere Kolonien nicht gegen alle Gründe des Rechts und des Gefühls genommen werden. Deutsches Volk, wird man dein Recht achten? Wilson hat in seiner Botschaft eine freie, weitherzige und unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche Deutschlands versprochen. Aber man gibt nur dem, der fordert. Unsere Regierung kann bei den Friedensverhandlungen nur dann mit dem nötigen Nachdruck auftreten, wenn das deutsche Volk gezeigt hat, daß es restlos hinter der Regierung steht, wenn sie unsere Kolonien zurückverlangt. Darum: Deutsches Volk, wehr dich um deine Kolonien. Deutsche wahlberechtigte Männer und Frauen, tretet alle ohne Unterschied der Parteien auf den Plan! Sammelt Unterschriften und bittet die deutsche Reichsregierung, bei den Friedensverhandlungen mit allem Nachdruck für die Erhaltung unserer Kolonien einzutreten. Jede Unterschrift ist wichtig.

Zur Entgegennahme von Unterschriften haben sich bereit erklärt die Geschäftsstelle des „Calwer Tagblatt“, Spar- und Vorschußbank und Creditbank für Landw. und Gewerbe, Calw, außerdem werden Unterschriften auch durch Hausbesuch gesammelt; doppelte Zeichnung sollte vermieden werden.

Sanitätskolonne Calw.

Am Sonntag fand im „Bad. Hof“ eine Versammlung der hiesigen Sanitätskolonne statt. Kolonnenführer Amtsgerichtssekretär P f i s e n m a i e r begrüßte die aus dem Felde zurückgekehrten, wie auch die während des Krieges eingetretenen Mitglieder. In ehrenden Worten gedachte er der Kameraden Gulde, Koch, Scherer und Müller, die den Tod auf dem Schlachtfeld erlitten haben. Aus dem vom Kolonnenführer gegebenen Bericht war zu ersehen, wie reich an Arbeit die Jahre des Krieges für die Calwer Kolonne waren. Sowohl für den Leiter durch eine Unmasse schriftlicher Arbeiten wie auch für jedes Mitglied, welches am Orte verblieb. So wurden in 36 Haupttransporten (Lazarettzügen) 1830 Mann hier ausgeladen und von den Mannschaften der Kolonne unter Leitung des Kolonnenführers Pfizenmaier oder des stellv. Kolonnenführers Eisenhardt und im Gegenwart des Oberstabsarzt Dr. Authenrieth ins hiesige Vereinslazarett vom Roten Kreuz verbracht, Auch nach Hirsau, Liebenzell und Nagold wurden die Mitglieder zum Ausladen und Verwundeten gerufen. Von seiten der Einwohnerschaft wurde die Kolonne öfters in Anspruch genommen: bei Transporten von Erkrankten und Verunglückten ins Bezirkskrankenhaus oder zur Bepleitung Erkrankter in auswärtige Anstalten. Zahlreich sind auch die Fälle, wo die Mitglieder bei Unglücksfällen die erste Hilfe leisteten, in der Stadt sowohl im Oberamt. An einer Spende, die dem Kommandeur der württ. Sanitätskolonne, Herrmann, von den Kolonnen des Landes anlässlich seines 70. Geburtstags überreicht wurde, beteiligte sich die hiesige Kolonne mit 100 M. Die Gesamtsumme der Gabe, die auch von privater Seite unterstützt wurde, beträgt 70 000 M.; es soll in Not geratenen Kolonnenmitgliedern damit geholfen werden. Weiter war dem Berichte zu entnehmen, daß für genügendes Verbandmaterial gesorgt werden wird, um bei Unglücksfällen mit dem Notwendigen versehen zu sein. Auch die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen wurde vorgemerkt. Erst muß jedoch noch abgewartet werden, was betreffs des Weiterbestehens der Kolonne geschehen wird. Bei Behandlung dieser Frage setzte eine lebhafte Aussprache ein. Von der Mehrzahl der Redner wurde hervorgehoben, daß die seinerzeit bei Gründung der hiesigen Kolonne gegebenen Versprechungen seitens des Kommandos nicht gehalten wurden; viele wurden direkt zur Truppe eingezogen, andere nach Jahren angestrengtesten Dienstes

als Sanitätskolonnen wohl als Gebiet angesehen. Das habe verhängend gewirkt und von dem die ge-
 leisteten Dienste des Herrn Klotz sei so keine Rede.
 (Aus den angegebenen Gründen mögen auch eine An-
 zahl Mitglieder der Versammlung ferngeblieben sein.)
 Es wurde aus der Versammlung heraus betont, daß
 man bereit sei, jederzeit auf Grund der erworbenen
 Kenntnisse dem Nächsten bei Unglücks- und Krankheits-
 fällen beizustehen. Abgelehnt wurde aber für die Zu-
 kunft jeder militärische Drill und erwartet, daß die
 neuen Verhältnisse auch hier gründlich Abhilfe schaffen.
 Der Kolonnenführer wurde ersucht, in diesem Sinne an
 die vorgesetzte Behörde zu berichten. Kamerad R. Mo-
 rell dankte im Namen der Versammlung dem früheren
 Regimentsvertreter, Reg. Rat Binder, Oberstabsarzt
 Dr. A. Huthenrieth, Kolonnenf. P. J. H. Maier
 und stellv. Kolonnenführer Eisenhardt für ihre auf-
 opfernde Tätigkeit im Interesse der Sanitätskolonne
 Calw. Nach einigen interen Vereinsangelegenheiten
 schloß Kolonnenführer P. J. H. Maier die anregend
 verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, daß in der
 nächsten Zusammenkunft der Fortbestand der hiesigen
 Kolonne gesichert wird.

**Württembergische Landessammlung.
 Die Politik der Regierung.**

Der Beginn der Genossenschafts-
 (S. 2.) Stuttgart, 25. Jan. Nachdem der Geset-
 zentwurf über die Diktandenfrage der Abgeordneten ohne
 Debatte einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwie-
 sen worden war, verlas der Minister des Innern Dr.
 v. Lindemann an Stelle des erkrankten Minister-
 präsidenten Bloss eine an die Mitglieder des Hauses
 gerichtete Adresse der provisorischen Regierung. Er
 wies u. a. auch auf die wirtschaftliche Lage hin, die uns
 mit schwerster Beforgnis in die Zukunft blicken lasse.
 Es zeige sich ein Bild der schwersten Not und Gefähr-
 dung und es bedürfe des eisernen Willens der gesamten
 Volksgemeinschaft, um dem stetigen Hinabgleiten Einhalt
 zu tun und den Weg nach aufwärts wieder zu gewinnen.
 Arbeit allein vermöge vor dem Kergsten zu bewahren.
 Untätiges Dahinleben könne es in der sozialen
 Kernblut nicht geben. Um Lebensmittel und Roh-
 stoffe heranzuführen zu können, bedürfe es eines raschen
 Friedensschlusses. Die Regierung wende der Erreichung
 dieses Zieles ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Der Mi-
 nister kündigte sodann den Entwurf einer neuen Ver-

fassung, nachfolgendes für die Errichtung des Reichs-
 und des Genossenschaftsministeriums, ein Komitee zur Ge-
 meinschaftsordnung und eine planmäßige Reform des Reichs-
 nachtragsgesetzes zur Berechtigung umfangreicher öffent-
 licher Arbeiten unter Berücksichtigung des Reichsanwalts,
 große Aufträge auf dem Gebiet der Staatseisenbahnen,
 Arbeiten in den Staatswaldungen, sowie Gesetzentwürfe
 betreffend die Errichtung einer Landwirtschaftskammer
 zwecks Steigerung der Produktion und der Aufhe-
 bung des Großgrundbesitzes an. Eine Kommission sei
 berufen, die Betriebszweige zu untersuchen, die im
 Rahmen des Staatswesens dem gemeinschaftlichen Be-
 trieb übergeben werden könnten. Die Ordnung,
 Ruhe und Entschlossenheit, mit der das schwäbische Volk
 sein Selbstbestimmungsrecht angewandt habe, würden
 hoffentlich ihren Eindruck auch auf die Feinde nicht ver-
 fehlen. Kein feindlicher Imperialismus werde uns
 auf die Dauer hindern können, als gleichberechtigtes
 Glied in dem von uns allen ersehnten Völkerverbande zu
 stehen. Seine Worte fanden lebhaften Beifall.

Hausmann von der Deutschen demokr. Partei leitete
 hierauf die Rede ab, indem er zunächst auf die
 Politik Reichsäckers, der zu wenig Fühlung mit den heu-
 tigen Mehrheitsparteien genommen habe, zu sprechen
 kam. Warme Worte widmete er dem früheren R. v. N. i. g.,
 der sich der neuzeitlichen Ideen nicht entgegengekommen
 habe. Auf der andern Seite sei die Schuld des Volkes
 allzulange angespannt gewesen, so daß eine politische
 und soziale Krise habe kommen müssen. Als die Zwei-
 schenrufe von der äußersten Linken sich immer mehr be-
 merkbar machten, meinte Hausmann, daß das Haus es
 sich abgewöhnen sollte, auf die vielen Zwischenrufe, die
 jetzt von Links her ganz gewerbmäßig gemacht werden,
 zu reagieren. Er trat für die Schaffung einer Volk-
 wehr ein und rief von einer Zerklüftung des alten
 Preussens ab. Deutschland sei auch nicht darauf angewie-
 sen, selbstmörderische, demütigende Forderungen von den
 Feinden anzunehmen. Er bemängelte die Befehle der
 politischen Komter durch Anhänger der Mehrheitssozial-
 demokratie, die ihrer Stärke nicht entsprechen, und rebete
 schließlich einem Zusammengehen der Parteien zu frucht-
 bringender Arbeit das Wort. Seine Worte waren mit
 Handklatschen begleitet, so daß der Präsident benötigt
 war, diese Sitte als unparlamentarisch zu verbieten.
 Justizminister v. Kienz gab sodann Rechenschaft über
 sein Ressort, das er nur unter der Bedingung übernom-
 men habe, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht

angeführt werden dürfe; dann hervortretend war vorher
 Balthasar möge ein Reichsminister bleiben. Der Minister
 kam dann auf die in der Kolonnenzeit der Revo-
 lution vorgekommenen Fälle der Kolonnenzeit zu spre-
 chen und pöhlte die von der Regierung ergrienen Für-
 sorgemaßnahmen für die Referendare und Beamte des
 mittellosen Dienstes auf. Die langausgedehnten Aus-
 führungen des Sprechers der Unabhängigen, Crippens,
 riefen den lebhaftesten Widerspruch des Hauses hervor
 und erregten an vielen Stellen hartes Kopfschütteln.
 Er wandte sich vor allem gegen den Kapitalismus,
 gegen die Regierung, gegen die bürgerlichen Parteien
 und nicht zuletzt gegen seine früheren Freunde, die
 Mehrheitssozialisten. Einen großen Raum nahmen die
 Ausführungen ein, die sich mit den belornten Vorgän-
 gen am 10. Januar in Stuttgart befaßten: Die Blut-
 schuld falle auf diejenigen, die gegen die Arbeiter ge-
 rüchelt haben, d. h. gegen die Regierung und die ange-
 gebenen Studenten und Offiziere. Selbstver-
 räuchlich fand auch der Verfassungsentwurf bei ihm keine
 Zuneigung. In temperamentvollen Worten wandte sich
 dann Minister Lindemann gegen seinen früheren Kol-
 legen, indem er erklärte, daß die Blutschuld vielmehr
 auf diejenigen falle, die bei jeder Gelegenheit an die
 Waffen appelliert und zuerst auch von ihnen Gebrauch
 gemacht hätten. Nach 4 1/2 stündiger Sitzung vertagte der
 Präsident um halb 3 Uhr die Beratungen auf Mor-
 tag, nachmittags 4 Uhr. Es stehen zur Beratung:
 Die Anfrage Crippens über verschiedene Verbastungen,
 die Anfrage Bazillus über Erwerbslosenunterstützung,
 sowie die Fortsetzung der heutigen Beratung.

Mzenberg, 28. Jan. Bei der hiesigen Schult-
 heienwahl wurde der stellv. Schullehrer Johannes
 Nothacker mit 67 von 75 abgegebenen Stimmen ge-
 wählt.

S. 2. Altshausen, 25. Jan. Beim Nachhause-
 gehen von der Schule lockte ein älterer Schüler zwei 10
 und 11 jährige Knaben mit Namen Sieger und Linder
 auf die nur leicht zugefrorene Eisfläche des hiesigen Sees,
 indem er ein Taschmesser auf die Eisdecke warf mit
 dem Versprechen, wenn die Knaben das Messer holen,
 dürften sie es behalten. Sie wandten sich auf das Eis,
 brachen ein, und fanden den Tod, da die sofort einge-
 setzte Hilfe zu spät kam.

Druck und Verlag der A. Döschlaer'schen Buchdruckerei, Calw.
 Für die Schrift verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
 Es wird die Beachtung der nachfolgenden Ortspolizeilichen Vor-
 schrift vom 19. Dezember 1912 betreffend
**die Entfernung des Schnees von den Geh-
 wegen und Bestreuen derselben bei Glätteis
 durch die Hausbesitzer**
 in Erinnerung gebracht:
 § 1. Die Hausbesitzer sind verpflichtet, nach jedem Schneefall
 auf die Länge ihres Anwesens die Gehwege von Schnee säubern zu
 lassen und zwar ist der Schnee über den Randel hinaus bis an die
 Fahrbahn abzuführen.
 Die Besitzer der Eckhäuser sind überdies verpflichtet, von der Ecke
 ihres Hauses bis zur Mitte der Fahrstraße durch Entfernung des Schnees
 einen Weg offen zu halten.
 § 2. Beim Abkehren ist darauf zu achten, daß die Hydranten-
 schachteldeckel nicht mit Schnee, Eis und Kehricht bedeckt werden.
 § 3. Bei Glätteis sind die Gehwege und Straßenübergänge in
 der in § 1 bezeichneten Ausdehnung, sofern das Glätteis über Nacht
 eintritt, bis spätestens morgens 8 Uhr, sofern es vor 9 Uhr abends
 eintritt, sofort mit dessen Eintritt, mit Sand oder Asche zu bestreuen.
 § 4. Schleifen, welche auf Gehwegen entstehen, sind zu bestreuen.
 § 5. Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Z. 3. 10 R. Str.
 Ges. B. mit Geldstrafe bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen
 bestraft.
 Calw, den 27. Januar 1919. Stadtschultheiß: G ö h n e r.

Calw.
 Der Stadtverwaltung sind vom Kommunalverband
60 neue und getragene Männeranzüge
 im Preis von Mk. 30 bis 180 für die bedürftige Bevölkerung zuge-
 wiesen worden.
 Bei der Verteilung sollen in erster Linie die Minderbemittelten
 und die Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden.
 Diejenigen Personen, welche einen Anzug wünschen, wollen sich am
 Donnerstag, 30. ds. vorm. von 10-12 Uhr
 auf dem Rathaus Zimmer Nr. 3 melden.
 Calw, 28. Januar 1919. Stadtschultheißen-Amt: G ö h n e r.

Stadtschultheißenamt Calw.
 Laut Verfügung des Arbeitsministeriums ist der Kauf von
Geschirren und Fahrzeugen
 bei den Artillerie- und Traindepots nur noch durch Vermittlung der
 Gemeinde gestattet.
 Ein etwaiger Bedarf wolle bis zum 3. Februar beim Stadt-
 schultheißenamt angemeldet werden.
 Calw, den 27. Januar 1919. Stadtschultheiß: G ö h n e r.

Schöner
Belzkragen
 für Herrenüberzieher zu verkaufen.
Landhaus Fritzh, Hirsau.
 Eine
Mandolinentasche
 zu kaufen gesucht.
Bischofberger, Hirsau.

Calw.
Die Eisbahn beim Deländerle ist benutzbar.
 Für die einmalige Benützung der Bahn zahlen Kinder bis zu 14
 Jahren 10 Pfg., ältere Personen 20 Pfg an den Wärter Bayer.
 Zur fleißigen Benützung der Bahn wird eingeladen.
 Den 27. Januar 1919. Stadtschultheiß: F r e u.

20 Mk. Belohnung
 demjenigen der mir meinen
Schäferhund
 bringt oder ausfindig macht.
H. G. Siebenrath, Wädernmeist.
Hund zugelaufen
 (langhaariger Schnauzer) abzuholen
 bei **Gottlieb Schütz, Holzbrunn.**

Eine deutsche Schrift
 mit neuzeitlichem Schnitt wünschen Sie
 auf Ihren Druckarbeiten verwendet;
 dann bestellen Sie solche in der Druckerei
 dieses Blattes.

H a u c h d ü n n
 trägt man **Dr. Gentners' Delwachslederpuß**
Nigrin
 auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit oder
 besser am anderen Morgen rasch mit weichem wollenen
 Lappen und erzielt so mühelos lackartig glänzendes und
 zugleich wasserdichtes Schuhzeug
 Hersteller, auch des so beliebten Parkettbodenschwammes Robert: Carl Genter, Göppingen.



Hirschau, den 27. Januar 1919.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt gehen ich Verwandten und Bekannten die stürzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Großmutter und Tante



Luise Schlotter,

im Alter von 62 Jahren heute Mittag 12 1/2 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: der tiefbetrüble Gatte: Otto Schlotter.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr statt.

Calw, den 27. Januar 1919.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau und treu-bezorgten Mutter und Tante



Karoline Furthmüller

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, sowie den Herren Ehrenträgern, für die vielen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zur ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank

der trauernde Gatte: Jakob Furthmüller mit seinen Kindern.

Unterschiedener steht am Samstag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr im Gasthaus z. „Hirsch“ in Altburg sein in Altburg stehendes

neistöckiges Wohnhaus

mit Scheuer und gewölbtem Keller, sowie anliegenden Garten dem Verkauf aus, wo Liebhaber einladet



Friedrich Pfrommer, Postbote, Weltenschwann.

Waterländische Pflicht

jedes wahrhaft deutsch gesinnten ist es:

- seinen eigenen Betrieb in Gang zu halten
- und möglichst zu vergrößern;
- andere Betriebe durch Erteilung von Aufträgen zu beschäftigen.

Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die heimkehrenden Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wahlspruch muß lauten:

Und jetzt erst recht!

Geschäfts-Empfehlung.



Meiner geehrten Kundschaft und der Einwohnerschaft von Stadt und Land beehre ich mich anzuzeigen, dass ich nach 4 1/2 jähriger Abwesenheit im Felde mein Geschäft wieder eröffnet habe. Ich empfehle mich in sämtlichen

Maler-, Lackler- und Anstrich-Arbeiten

und bitte um gütigste Berücksichtigung und Unterstützung meines Unternehmens unter Zusicherung bester und schnellster Bedienung.

Gothilf Bayer, Malermeister

Stuttgarterstrasse 717.

beim städt. Waghäusle.



Mittwoch abend 7 1/2 Uhr **Singstunde** im Bad. Hof B.

Oberkollbach.

2000 Mark

sind gegen gesetzliche Sicherheit sofort auszuleihen. Angebote unter S. N. an die Geschäftsst. ds. Bl.

Ein in Küche und Haushalt erfahrenes, geordnetes

Mädchen

auf 15. Febr. gesucht von Frau Eugen Dreiß.

Einen kräftigen

Jungen

nimmt in die Lehre ab 1. April.

Wittelm Schabbe, Bauunternehmer Liebenzell.

Diensboten gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

Arbeit im Waschen und Bügen

wird angenommen Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Suche für meinen 15 jährigen Sohn eine

Schuhmacher-Lehrstelle.

Maria Pfeiffle Althengstett

Zwei 18 jährige Burschen suchen Stelle z. Landwirtschaft R. Böttinger W. H. Wolf Gehingen.

Suche in Hirschau, Liebenzell oder Unterreichenbach

U. Landhaus

zu kaufen, oder 3-5 Zimmer-Wohnung

zu mieten. Ausführl. Angeb. unt. U. 22 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Hüte zum Umfaconieren nach neuesten Mustern

werden angenommen bei

MARIE DORN.

Empfehle meine

Davoser Schlitten

sowie

Wickel-Garnmaschinen

sehr billig

Hans Heimgärtner, (L. Kempf's Nachfolger).

Altburg.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Altburg und Umgebung teile ich ergebenst mit, daß ich vom Felde zurück bin und mein

Schmiede-Geschäft eröffnet habe.

Um freundliches Entgegenkommen bitte

hochachtungsvoll

Christian Bernker, Schmiedmeister.

Neubulach.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung mache ich die höfliche Mitteilung, daß ich mein

Schuhgeschäft

wieder eröffnet habe

und mich in allen in mein Fach schlagenden Arbeiten bestens empfehle.

Friedrich Wahl, Schuhmacher.

Fahrnis-Verkauf.

Am Donnerstag, 30. Januar, von nachmittags 1 Uhr an werden im Kurhaus Schwarzenberg öffentlich gegen Barzahlung versteigert:

12 vollständige Betten samt Matragen, 1 Orchestrion mit Platten, 1 Blumentisch, Korbflaschen, 8 Gasarme, Bieruntersätze, Henkelgläser, sowie 2 Fässer 363 und 505 Liter haltend.

Kaufsliebhaber sind eingeladen.

Ein Pferd Pferde z. schlachten

150-55 cm groß, fromm und gut im Zug zu kaufen gesucht.

Angebote an die Geschäftsst. d. Bl.

Mötlingen.

Einen Wurf

Milch-



Schweine

verkauft am Donnerstag den 30. Jan. Nachmittag 1 Uhr.

Otto Morlod.

Deck-opsfronn.

Seize eine gute

Nutz- und Schaff-



Kuh

samt Kalb

dem Verkauf aus.

Christian Daur.

werden jederzeit zu den höchsten Preisen angekauft von Mehger Zuchs, Unterreichenbach.

Althengstett.

Ein vertrautes



Pferd

sowie eine junge



Kuh

geht dem Verkauf aus.

Christian Luz.

Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis das Stück zu 20 Pfg., sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. zu haben.